Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.56 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 5 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 139. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 17. Juni 1933. | 15. Jahrgang.

Kirchliche Chronik.

In der Presse wird gegenwärtig zuweilen gar zu wehleidig über den Kampf um den Reichsbischof geschrieben, der noch immer die Oeffentlichkeit bewegt. Man soll da doch unterscheiden. Ein Kampf, auch wenn er lange dauert, ist keine beklagenswerte Sache. Es kommt nur darauf an, daß er im hellen Lichte der Oeffentlichkeit und mit ritterlichen Waffen ausgeführt wird. Dann kann durch solchen Kampf deutlich herausgestellt werden, um was und um wen es auf beiden Seiten geht. Es ist gar nicht beneidenswert, wenn z. B. in der katholischen Kirche die Kämpfe nur hinter verschlossenen Türen geführt werden.

Daß die Front, von der voriges Mal gesprochen wurde, auch durch die „Deutschen Christen" hindurchgeht und sich dort immer mehr verbreitert, dafür sind manche Anzeichen da. So wurde auf einer stark besuchten Versammlung der ostpreußisch. Pfarrerschaft von den „Deutschen Christen" folgender Antrag eingebracht: „Es wird ein unabhängiger Ausschuß eingesetzt, der binnen **10 Tagen** untersucht, ob D. von Bodelschwingh rite vocatus (rechtmäßig berufen ist a) in kirchenrechtlicher Hinsicht, b) nach dem modus procedendi in Loccum, c) nach Treu und Glauben. Bis zur Klärung dieser Fragen hat jeder Kampf um die Person des Reichsbischofs pro et contra zu unterbleiben.

Nach gründlicher Aussprache, an der der persönliche Adjutant D. von Bodelschwinghs, Pfarrer Stratenwerth, und der Mitarbeiter von Wehrkreispfarrer Müller, Lic. Vogelsang, teilnahmen, wurde der Antrag der „Deutschen Christen" mit etwa ¾ gegen ⅓ der Stimmen abgelehnt. Die „Deutschen Christen" verließen darauf unter Protest die Versammlung.

Bei den Kundgebungen im Westen treten dissentierende Stimmen der „Deutschen Christen" überhaupt fast ganz zurück. So hat die Dortmunder Kreissynode als Vertretung von 300000 Evangelischen mit 134 gegen 7 Stimmen eine Sympathie-Kundgebung für Bodelschwingh beschlossen. Bei dieser Kundgebung wird ähnlich wie bei einer Kundgebung hessischer Pfarrer, von der aus Treysa berichtet wird, gleichzeitig der begreifliche Wunsch bekundet, daß ein Zusammenwirken zwischen Bodelschwingh und Wehrkreispfarrer Müller von beiden Seiten gesucht und mit aller Kraft gefördert wird. Aehnlich heißt es in einer Entschließung der Kreissynode der Lutherstadt Wittenberg, die mit 70:5 Stimmen gefaßt ist: „Die Kreissynode Wittenberg sieht in dem unseligen Streit um die Person des Reichsbischofs eine ungeheure Gefahr für das Werk Luthers und für die evangelische Kirche. Die Kirche ist bereits heute schwer geschädigt. Rom und die Sekten haben schon heute Nutzen davon. Wir rufen mit dem Apostel: Seid fleißig, zu halten die Einigkeit des Geistes durch das Band des Friedens. Wir unterwerfen uns willig dem von den Führern der Kirche zum Reichsbischof bestimmten D. v. Bodelschwingh und begrüßen in ihm den durch soziale und nationale Gesinnung tatbewährten Mann. Wir bitten ihn, mit Nachdruck das Einigungs- und Reformwerk unserer Kirche zu vollenden und hierbei vor allem der Kirche die Kräfte einzugliedern, die die Träger der nationalen Erneuerung unseres Volkes sind." Nach dieser Seite hin, welche die Verständigung zwischen der Glaubensbewegung deutscher Christen und der Bewegung, die hinter dem Reichsbischof steht, sucht, gehen auch mancherlei private Aeußerungen. — Daß der Kanzler in dieser ganzen Lage noch ein wichtiges Wort zu sprechen hat, liegt auf der Hand. Er hat sich bis jetzt wohl ganz aus dem Grundsatz heraus, sich nicht in die kirchlichen Fragen hineinzumischen, zurückgehalten. Aber auch, wenn er sich sein Urteil vorbehält, wäre es wünschenswert, daß er wenigstens D. v. Bodelschwingh kennen lernte. Diesen Wunsch drücken in einer telegraphischen Kundgebung, die am 12. Juni bei der evangelischen lutherischen Konferenz in Herford versammelten Pfarrer und Laien aus, „indem sie um ihrer Verantwortung willen, die sie in dieser Stunde für das Wohl des deutschen Volkes und den Dienst der Kirche tragen, dringend bitten, daß der Herr Reichskanzler möglichst bald D. v. Bodelschwingh empfängt. Ferner bitten sie den Herrn Reichskanzler um der Gerechtigkeit willen, darauf hinzuwirken, daß auch für D. v. Bodelschwingh der Rundfunk freigegeben wird."

Inzwischen ist ja der Reichsbischof schon durch den Reichsinnenminister Dr. Frick empfangen worden. Die Verhandlungen waren vertraulicher Natur. Auch der Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosick hat sich bei einer Versammlung des Provinzial-Ausschusses für Innere Mission der Provinz Brandenburg in einem Telegramm mitbeteiligt, daß D. v. Bodelschwingh einen Segenswunsch ausspricht. Bemerkenswert ist die Nachricht aus Lübeck, wo eine Kundgebung für den Reichsbischof, die der Polizei ordnungsmäßig mitgeteilt war, wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit verboten worden ist. Die Gründe für dieses Verbot sind nach unseren Informationen rein lokaler Natur.

Eine Art Kompromißstellung scheinen nunmehr die Bayern einzunehmen. Der Bischof der dortigen Kirche, D. H. Meiser, wurde in Nürnberg feierlich in sein Amt eingeführt. Dabei nahmen außer Vertretern der katholischen Kirche an dem Festakt der dortige Ministerpräsident und der Kultusminister teil. Im Anschluß daran fand eine Tagung des Bayerischen Pfarrervereins statt, die mit einer Kundgebung schloß, in der es heißt:

„Wir sehen mit tiefem Schmerz die Zersplitterung, die über die Frage des Reichsbischofs entstanden ist. Die vorzeitige Aufrollung der Personenfrage hat das ganze Werk des Neubaus gefährdet.

Es ist unerläßlich, daß die verantwortlichen Stellen den Streit sofort beseitigen, wenn es sein muß auch um den Preis persönlicher Opfer einzelner. Es muß der ursprünglich eingeschlagene Weg wieder aufgenommen und zuerst Amt und Verfassung geschaffen werden. Als Vertreter einer lutherischen Landeskirche erwarten wir, daß dabei das mit dem deutschen Volkstum innig verbundene Luthertum seine volle Geltung erhalte.

„Wir lehnen die Lösung der Bischofsfrage durch Urwahlen ab und verwerfen das Handeln nach kirchenfremden Gesichtspunkten in der Kirche."

Hier wird also zu der eigentlichen Fragestellung, um die es geht, dem Bau der Kirche von innen heraus oder von außen, nicht deutlich Stellung genommen. Die hier noch einmal angerührte Frage um das Vorgehen in Loccum ist durch die amtlichen Veröffentlichungen (das Kirchliche Weißbuch etc.) unseres Erachtens genügend geklärt.

W...m.

Berichtigung zur „Kirchlichen Chronik" aus Nr. 137.

Da sowohl der Führer der NSDAP., Adolf Hitler, als auch alle ihm unterstellten Parteiorgane sich persönlich in den kirchenpolitischen Streit um die Reichsbischofsfrage nicht hineinmischen, erklärt auch die Leitung der Ortsgruppe der NSDAP. Bethel-Gadderbaum, daß sie dies niemals getan hat und den Veröffentlichungen im „Evangelium im Dritten Reich" fern steht. Wir stellen weiterhin fest, daß die nationalsozialistische Tagespresse ganz Deutschlands sich in dieser Angelegenheit bisher ebenfalls diszipliniert und loyal verhalten hat. Demgegenüber hat der „Aufwärts", der nicht als ein Kirchenblatt anzusehen, sondern ebenfalls zur Tagespresse zu rechnen ist, seit der Nominierung des Herrn Reichsbischofs v. Bodelschwingh Tag für Tag einseitig gefärbte Uebersichten gebracht.

Wenn also die Ortsgruppe Bethel-Gadderbaum der NSDAP. heute im „Aufwärts" ebenfalls das Wort ergreift, so geschieht dieses lediglich deshalb, weil in dem Artikel des Herrn D. Brandt sachliche Irrtümer und somit eine nicht richtige Darstellung der innerpolitischen Vorgänge in Bethel enthalten sind. Wir reden daher hier in eigener Sache, ohne irgendwie selbst zu der Frage des Reichsbischofs direkt oder indirekt Stellung zu nehmen.

Wir geben zu, daß auf Grund des Artikels des D. Freitag der Eindruck entstehen kann, als wenn Herr D. v. Bodelschwingh selbst Mitglied des Christl. Volksdienstes gewesen wäre. Dieses trifft jedoch nicht zu. Ferner finden sich dort noch einige weitere allerdings nicht bedeutende Unsachlichkeiten, die an dem Gesamtinhalt jedoch leider nichts Wesentliches ändern.

Nach unserer Ansicht kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der NSDAP. in der Anstalt Bethel große Schwierigkeiten gemacht worden sind. Dieses zeigte sich besonders bei der Gemeindewahl. Selbstredend handelte es sich bei der sog. Einheitsliste nicht um den Gegensatz „national oder antinational", aber um ein offenes Vorgehen gegen die NSDAP. im Interesse der Anstaltspolitik. Dieses wurde allerdings durch allerstärksten Druck und durch Beeinflussung der leitenden Brüder, der leitenden Schwestern usw. bedauerlicherweise in der Art ausgeführt, wie dieses in dem angezogenen Artikel berichtet wird. Wenn auch die Anstaltsliste sich völlig unpolitisch nennt, so war die Mehrzahl der auf der Einheitsliste vereinigten Kandidaten zu den Parteien gehörig, die sich bisher nicht hinter die Regierung gestellt hatten.

Das schönste Wort, das mir bekannt,
Das ist das Wörtchen: „treu",
Es klingt so lieb an unser Ohr,
Das Herz wird warm dabei.

H. Zimmermann.

Bei der Aufstellung dieser Einheitsliste im Ausschuß hat tatsächlich kein Nationalsozialist, jedenfalls kein eingetragenes Mitglied der NSDAP. mitgewirkt.

Leider kommen wir Betheler Nationalsozialisten nicht um die betrübliche Feststellung herum, daß die frühere Führung der Theologischen Schule — wir betonen ausdrücklich, nicht die jetzige — unter dem Einfluß christlich-sozialer, verschwommener „pazifistischer Ideologie stand". Nur hier heraus lassen sich ja auch alle die bedauerlichen Vorgänge der letzten Jahre erklären. Wir begreifen allerdings nicht, daß der französische Kapitän Bach als Führer der sog. Kreuzritterbewegung kein „Pazifist schlechthin" wäre. Ein Blick in die Satzungen des Kreuzritterbundes ergibt sofort, daß Bach nicht nur für religiösen Pazifismus eintritt, sondern auch alle nicht religiösen pazifistischen Bestrebungen auf der ganzen Erde verfolgt. Obwohl Herr D. Brandt gerade noch in letzter Zeit auf diese unglaublichen Erklärungen der Kreuzritter, ferner auf uns bekannte gewisse internationale pazifistischen Zusammenhänge hingewiesen wurde, schreibt er unverständlicherweise, wahrscheinlich im Interesse der Theologischen Schule, Bach sei kein Pazifist schlechthin. Es gibt aber kaum einen gefährlicheren Pazifismus, wie er in diesen „Erklärungen der Kreuzritter" dargelegt ist. Wir begreifen ferner nicht, wie dieses ein „Nationalismus" sein soll, der Fühlung sucht mit den Christen jenseits der französischen Grenzpfähle. Etienne Bach hat auch niemals in anderen Teilen Deutschlands mit Nationalsozialisten in enger Fühlung gestanden. Wir wissen nur das eine, daß er in Baden, in Karlsruhe oder in Mannheim, ebenfalls vor studentischen Hörern einen Vortrag gehalten hat. Wir wissen ferner, daß an diesem Vortrag einige Studenten der Theologie, die Nationalsozialisten sind, keinen unmittelbaren Anstoß genommen haben. Jedenfalls wurde dieses damals an einen hier studierenden Studenten der NSDAP. auf offener Postkarte aus Baden berichtet.

Diese Postkarte ist tatsächlich die einzige Grundlage zu der an der Theologischen Schule vorherrschenden Meinung, Etienne Bach habe in anderen Teilen Deutschlands mit Nationalsozialisten in enger Fühlung gestanden.

Es ist hier nicht Platz und Gelegenheit, auf all die verwickelten Vorgänge einzugehen, die damals zur Einladung des französischen Kapitäns Etienne Bach nach Bethel führten. Jedenfalls steht aktenmäßig als sicher fest, daß die damals hier studierenden Nationalsozialisten sich gegen die Berufung aussprachen und ohne Erfolg protestierten. „Verhindern" hätten sie im Herbst 1931 dies niemals können.

Bei den in dem Artikel des D. Freitag zitierten dem Herrn Lic. Bischer zur Last gelegten Aeußerungen handelt es sich zu unserem großen Bedauern leider doch um den genauen Wortlaut der meisten dort wiedergegebenen Aeußerungen. Es handelt sich hierbei nicht um das Weitertragen von nicht mehr kontrollierbaren Unterhaltungen in Privatgesprächen, die gewiß kein öffentliches politisches Interesse haben würden, sondern um die Wiedergabe einer ausgiebigen Verteidigungsrede, die Herr Lic. Bischer vor dem Leiter der Anstalt, vor dem gesamten Dozentenkollegium, in der gesamten Studentenschaft abgegeben hat. Diese Aeußerungen decken sich fast wörtlich mit dem uns auch vorgelegten mitgeschriebenen Protokoll dieser Versammlung. Allein dieses Protokoll, nicht etwa Privatgespräche, führte zur vorläufigen Beurlaubung des Herrn Lic. Bischer. Auch wir hoffen und wünschen, daß recht bald diese Angelegenheit durch das Verfahren von seiten des Kultusministeriums geklärt wird.

NSDAP Ortsgruppe Bethel-Gadderbaum:
gez Waltenberg.

*

Eine Erklärung von Wehrkreispfarrer Müller.

— Berlin, 15. Juni. Wehrkreispfarrer Müller hat die folgende Erklärung der Oeffentlichkeit übergeben: „Durch mißverständliche Aeußerungen in der Presse ist der Anschein entstanden, als ob ich bei Neubau der Kirche der Bekenntnisfrage eine nur untergeordnete Bedeutung zumäße. Ich stehe nach wie vor uneingeschränkt auf dem Boden dessen, was in unseren Richtlinien über den Be-

411 Stadt. Bibliothek

kenntnisstand niedergelegt ist, d. h. wir treten ein für völlige Wahrung des Bekenntnisstandes der Reformation, verlangen aber von diesem Grunde aus ein bekenntnismäßiges Wort der Kirche zu den brennenden Fragen der Gegenwart. Es ist selbstverständlich, daß das für uns keine leeren Worte sind, sondern daß wir für die Durchführung des Erstrebten mit aller Energie und Verantwortung eintreten."

Warum ist die Butter teuerer geworden?

Wie oft mag in den letzten Wochen so manche besorgte Hausfrau diese Frage gestellt haben? Konnte sie seither einen Teil des Haushaltsfetts durch billige Margarine eindecken, so mußte sie mit Schrecken feststellen, daß inzwischen auch die Preise für Margarine um 20 bis 30 Pfennig gestiegen sind, und voller Sorge wird sie sich gefragt haben, was aus all dem werden soll.

Zunächst sei das eine vorweggenommen. Wir — d. h. auch die deutsche Hausfrau haben uns zu sehr daran gewöhnt, alles, was uns persönlich nützlich war, für die gesamte Volkswirtschaft als richtig und gut anzusehen. Wie weit uns diese Auffassung, oder sagen wir besser diese Ichsucht, gebracht hat, beweisen die letzten 14 Jahre nur zu deutlich. Wir müssen unserer Hausfrau, selbst wenn sie glaubt, mit Recht über die Teurung der Butter oder Margarine klagen zu müssen, daran erinnern, daß unser Führer Hitler immer wieder von Opfern sprach, die der einzelne auf sich nehmen muß, wenn unsere Wirtschaft wieder eine gesunde und für alle Berufsstände und Volksschichten nützliche Entwicklung nach oben nehmen soll. Nur von diesem Standpunkt aus dürfen wir das, was zur Zeit durch die Maßnahmen unserer Reichsregierung veranlaßt wird, beurteilen, und wir werden bald einsehen müssen, daß auch die Butter- und Margarinepreiserhöhung für unsere Volkswirtschaft ein unbedingtes Muß war.

Die Agrarpolitik in den Nachkriegsjahren hat die Gleichgewichtslage der landwirtschaftlichen Erzeugung gestört. Man sicherte dem Bauern annehmbare Getreidepreise und vernachlässigte die Milchwirtschaft vollkommen. Was war die Folge? Der Bauer, der in seinem Viehstall nichts mehr verdienen konnte, warf sich immer mehr auf den Getreidebau, und so kam es bald zu einem Ueberangebot. Nur durch einen Aufkauf von unverkäuflichen Getreidebeständen durch die Getreidehandelsgesellschaft war es möglich, den Getreidepreis stabil zu halten. Eine Ausfuhr von Inlandsgetreide auf den Weltmarkt war nicht möglich, weil das Auslandsgetreide bedeutend billiger ist als unser eigenes.

Um die Lebenshaltung der Bevölkerung nicht noch mehr zu verteuern, wagte man es nicht, die Einfuhr von Auslandsbutter und Margarinerohstoffen einzudämmen. Man glaubte den Bauern wettbewerbsfähig zu machen dadurch, daß man ihm billiges Kraftfutter aus dem Ausland zur Verfügung stellte. Trotz dieser billigen Auslandsfuttermittel war der Bauer nicht in der Lage, die Fettversorgung der Bevölkerung durch die eigene Produktion sicherzustellen, weil er unter weit ungünstigeren Verhältnissen arbeiten mußte. So kam es, daß der gesamte Fettbedarf der Bevölkerung zu 60 Prozent durch das Ausland gedeckt wurde und die inländischen Milch und Butterpreise von Tag zu Tag immer mehr fielen. In unserer Gegend erhielten die Bauern zuletzt noch 8 Pfennig für ein Liter Milch! Der Verbrauch von Margarine, die zu 95 Prozent aus Auslandsfett, vor allem aus Walfischtran besteht, nahm gewaltig zu. Pro Kopf der Bevölkerung entfielen 7,9 Kilogramm Margarine und nur noch 7,1 Kilogramm Butter.

Unsere gesamte Milchwirtschaft brach restlos zusammen. Fällt der Milchpreis ab Hof auch nur um einen Pfennig, so beträgt der Verlust für unsere Landwirtschaft bei einer Jahresproduktion von 22 Milliarden Liter Milch die Kleinigkeit von 220 Millionen Mark! Bedenkt man nun, daß der Milchpreis in den letzten Jahren nicht nur um einen, sondern um 6 bis 10 Pfennig gefallen ist, so kommt man zum Ergebnis, daß die deutsche Milchwirtschaft Milliardenverluste zu verzeichnen hatte. Kein Wunder, wenn z. B. der Landmaschinenumsatz von ca. einer halben Milliarde Mark auf noch nicht einmal 100 Millionen Mark im Jahr zurückgegangen ist. Bedenkt man, daß die Milchwirtschaft gerade in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben die Geldquelle ist, und daß der Landbau zu 80 Prozent in Händen der klein- und mittelbäuerlichen Betriebsleiter liegt, so kann man ermessen, welches Elend die verfehlte Agrarpolitik der letzten Jahre gerade in die bäuerlichen Betriebe gebracht hat. Aber damit nicht genug! Es wäre falsch, wollte man lediglich vom Standpunkt des Erzeugers das Anziehen der Butter- und Margarinepreise rechtfertigen.

Nicht allein, daß wir durch das Hereinlassen von Auslandserzeugnissen den Grundstein zur Zerstörung unserer bäuerlichen Kultur gelegt haben, wir sind in bezug auf die Fettversorgung unserer Bevölkerung in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Ausland geraten, das die größte Gefahr in sich birgt. Haben wir denn vergessen, was wir in den Zeiten von 1914 bis 1918 erleben mußten? Haben wir vergessen, daß damals Hunderttausende deutsche Kinder und Erwachsene sterben mußten, weil wir im Inland nicht genügend Fett hatten? Wer gibt uns die Sicherheit, daß nicht eines Tages wieder unsere Grenzen gesperrt werden, weil zwei Nachbarvölker in Streit geraten?

Durch den Fettplan der Reichsregierung haben wir erreicht, daß der Butterpreis in wenigen Wochen von 80 Pfennig auf 1,30 bis 1,40 Mk. gestiegen ist. Das bedeutet einen um 3 Pfennig höheren Milchpreis für unsere Bauern und eine Mehreinnahme für die gesamte Landwirtschaft von rund 600 bis 700 Millionen Mark! Soviel aber hat die Landwirtschaft allein an Zinsen zu bezahlen. Man will nicht eine übermäßige Preissteigerung erreichen, vielmehr eine Preisgestaltung, die den unheilvollen Zusammenbruch der vergangenen Zeiten aufhält und die Grundlage einer normalen Erzeugung sichert. Schon heute beschäftigt die Landwirtschaft nach Aussage unseres Reichsernährungsministers 60 000 Arbeitskräfte mehr als in derselben Zeit des vergangenen Jahres. Auf der Ausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Berlin wurden Umsätze erzielt, wie man sie einfach nicht für möglich gehalten hat. Wir sehen also deutlich, daß der Fettplan der Reichsregierung sich nicht nur zum Wohle unserer Landwirtschaft, sondern auch zum Besten anderer Berufsstände und nicht zuletzt auch zum Wohlergehen unseres ganzen Volkes auszuwirken beginnt. Die deutsche Hausfrau muß dies anerkennen und je mehr sie dies tut, um so mehr wird sie mithelfen am Aufbau unserer Wirtschaft.

Dr. Barth-Worms.

Jacob Schmitz
die große, führende
Bielefelder Wäsche-Fabrik
liefert über ganz Deutschland direkt an Verbraucher zu niedrigen Preisen.
Verlangen Sie bitte unverbindlich illustrierten Katalog, Musterséndung oder Vertreterbesuch.

Treuhänder der Arbeit

Ernennung durch den Reichskanzler.

Reichskanzler Hitler hat auf Vorschlag der Landesregierungen nachfolgende Persönlichkeiten zu Treuhändern der Arbeit ernannt:

Rechtsanwalt Dr. Graf von der Goltz für das Wirtschaftsgebiet Pommern; Rechtsanwalt Dr. Nagel für das Wirtschaftsgebiet Schlesien; Johannes Engel für das Wirtschaftsgebiet Brandenburg; Oberregierungsrat Dr. Wiesel für das Wirtschaftsgebiet Mitteldeutschland; Dr. Joseph Klein für das Wirtschaftsgebiet Westfalen; Wilhelm Börger für das Wirtschaftsgebiet Rheinland; Bürgermeister Dr. Markert für das Wirtschaftsgebiet Niedersachsen; Senator Dr. Völtzer für das Wirtschaftsgebiet Nordmark; Hartmann für das Wirtschaftsgebiet Bayern; Ministerialrat Hoppe für das Wirtschaftsgebiet Sachsen; Dr. Kimmich für das Wirtschaftsgebiet Südwestdeutschland; Handelskammerpräsident Dr. Lüer für das Wirtschaftsgebiet Hessen.

Die Ernennung des Treuhänders für das Wirtschaftsgebiet Ostpreußen wird in Kürze erfolgen. Die Abgrenzungen der Wirtschaftsgebiete, die sich im wesentlichen mit den bisherigen Schlichterbezirken decken, sind durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsminister erfolgt.

Amnestie in Braunschweig

Stahlhelmkonflikt beigelegt.

Im Stahlhelmkonflikt in Braunschweig hat das braunschweigische Staatsministerium, da durch das Eingreifen des braunschweigischen Ministers des Innern die Gefahr in der Nacht vom 27. zum 28. März beseitig ist und durch die weiteren Maßnahmen die Ruhe und Ordnung im Lande Braunschweig aufrechterhalten sind, beschlossen, um die Herstellung der Volksgemeinschaft weiter zu fördern, Straffreiheit zu gewähren, wobei aus Gründen der Gerechtigkeit kein Unterschied zwischen den beteiligten Stahlhelmführern und Reichsbannerführern gemacht werden konnte.

Das braunschweigische Staatsministerium erklärt jedoch bei dieser Gelegenheit ausdrücklich, daß es auf keinen Fall dulden wird, daß Organisationen im Lande Braunschweig bestehen, die die gegebenen politischen Verhältnisse innerlich nicht anerkennen und die erlassenen Gesetze nicht achten.

Halbmast am 28. Juni

Die Reichsregierung hat den Länderregierungen die Anregung gegeben, den 28. Juni als Tag der Unterzeichnung des Versailler Diktats durch besondere Veranstaltungen und Kundgebungen zu begehen, deren Ausgestaltung den Länderregierungen überlassen werde.

Angesichts der Tatsache, daß das Versailler Diktat mit seinen bedrückenden Bestimmungen eine so große schicksalhafte Bedeutung für das deutsche Volk bekommen hat, sind die Länderregierungen ersucht worden, dafür Sorge zu tragen, daß am 28. Juni die Flaggen als Halbmast gesetzt werden.

An den eigentlichen Kundgebungen dürften sich neben den Schulen vor allem auch die großen nationalen Organisationen beteiligen. Dagegen ist nach den bisherigen Dispositionen nicht anzunehmen, daß die Reichsregierung von sich aus eine Kundgebung zu diesem Tage durchführt.

Ein schöner Traum.

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf im Jahre 1926 die Nachricht bei uns ein, daß auf Pulu Tello ein Aufstand ausgebrochen sei. Als wir uns nach der Ursache davon erkundigten, erfuhren wir folgendes: Im Auftrage einer politischen Vereinigung waren von Sumatra her Sendboten nach Pulu Tello gekommen, die da eifrig Propaganda gemacht und die Eingeborenen überredet hatten, sich ihrer Sarikal anzuschließen. Sarikal ist ein malayisches Wort und bedeutet: Vereinigung, Partei usw. Der Eintrittspreis war nur 50 Cent = 85 Pfennig. Und welche Vorteile wurden dafür in Aussicht gestellt? Man höre und staune! Sobald der holländische Beamte abgesetzt ist, sind alle Mitglieder der Sarikal frei von Steuern und Herrendienst. Ihre verpfändeten Sachen bekommen sie aus dem Pfandhaus zurück ohne Rückzahlung der Gelder, die sie bei der Verpfändung dafür erhalten haben, und last, not least kommt ein rotes Schiff aus Moskau mit Reis für die armen Leute. Umsonst natürlich, alles umsonst. Was da in so überschwänglicher Weise versprochen wurde, war reiner Unsinn, wenn nicht gar beabsichtigter Betrug, für die Eingeborenen aber so verlockend, daß die Sarikal nach kurzer Zeit schon einige 100 Mitglieder zählte. Und das war kein Wunder. Wer die Eingeborenen kennt, der weiß, daß sie nicht gern Steuern zahlen und auch nur gezwungen Herrendienst verrichten, wozu jeder junge Mann in Holl. Indien verpflichtet ist. Daß keine Regierung ohne Steuern usw. bestehen kann, begreifen sie nicht. Sie sehen das alles als Lasten an, wovon sie sobald als möglich befreit werden möchten. Nun, die Sarikal wollte sie davon befreien, versprach es wenigstens, daß sie es wollte. Daher der große und schnelle Erfolg. Und wenn man seine verpfändeten Sachen so ohne weiteres aus dem Pfandhaus zurückerhalten und außerdem noch Reis geschenkt bekommen konnte, so war das doch auch recht angenehm. Die Missionare hatten so etwas nicht versprechen können, die hatten immer wieder betont, daß man beten und arbeiten müßte, um glücklich zu werden. Hier war es anders; hier merkte man etwas von der rechten, selbstlosen Nächstenliebe, die nur andern helfen und wohltun wollte. — Ob es möglich sein würde, das alles zu erfüllen, was man verheißen hatte, darüber brauchten die einzelnen Mitglieder sich keine Bedenken zu machen, dafür sorgte die Sarikal, die ja für alles sorgen wollte.

Um den Eingeborenen nun auch gleich etwas von der praktischen Seite der Sarikal vor Augen zu führen, wurde eines Tages aus der Herde des Oberhäuptlings eine Kuh geholt; nicht etwa gekauft, sondern einfach geholt. Die Kuh wurde nach malayischem Ritus geschlachtet und als Zuspeise zum Festessen verteilt. Man fand das herrlich. Früher hätte man das nicht tun dürfen. — Der Oberhäuptling hatte viele Kühe und man würde gewiß noch oft auf dessen Kosten Feste gefeiert haben, wenn die holländische Regierung nicht einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte. Das war fatal; aber es war Zeit, daß sie eingriff, denn die Aufständischen hatten sich schon mit Waffen versehen und, wie üblich, auch die Gefangenen schon in Freiheit gesetzt, so daß sie bald losschlagen konnten. Der holländische Beamte war ratlos und wohl auch mutlos geworden. Er hatte die Bewegung anfangs nicht ernst genommen; jetzt konnte er sie nicht mehr unterdrücken. Was sollte er tun? Sich mit einem halben Dutzend unzuverlässiger Polizisten zur Wehr setzen? Das wäre nutzlos gewesen So entschloß er sich denn, mit seinem Motorboot aufs Meer hinauszufahren und die Ankunft der Soldaten abzuwarten, um die er gebeten hatte Die Missionare und auch der Oberhäuptling durften mit ihren Frauen und Kindern mitfahren Als man endlich nach vielem Hin- und Herlaufen von Tellos schönem Palmenstrande abfahren konnte, war es bereits Abend geworden Licht durfte der Feinde wegen nicht angesteckt werden. Es waren etwa 20 Personen, die im Boot untergebracht werden mußten, wo kaum die Hälfte sitzen konnte. Das war nicht angenehm, aber man war doch in Sicherheit. Anfangs ging es auch leidlich; als aber nach einigen Stunden ein Gewittersturm losbrach, die See unruhig wurde und das Motorboot zu schaukeln begann, da wurde es doch recht ungemütlich in dem engen Raume, wo in der Dunkelheit keiner den andern sehen konnte. Aber das war noch nicht das Schlimmste. Infolge der unruhigen See wurden die meisten Kinder und auch einige Erwachsene seekrank. Wie das ist, kann nur verstehen, wer selber seekrank gewesen ist. Das Würgen, Jammern und Stöhnen wurde so arg, daß man kaum noch Notiz von einander nahm. Jeder hatte genug mit sich selber zu tun. Am allerschwersten hatten es die Mütter, die ihre Kinder nicht mehr beruhigen konnten. Und als wenn das Elend noch nicht groß genug gewesen wäre, stand plötzlich auch der Motor still. Was das zu bedeuten hatte, wissen alle, die mit der See bekannt sind. Man war wirklich in großer Lebensgefahr und mußte sich auf alles gefaßt machen. Aber Gott hielt seine Hand über ihnen ausgebreitet. Der Motor konnte trotz der Dunkelheit wieder in Gang gebracht werden, so daß man vorerst nicht mehr zu fürchten brauchte, auf die Korallenriffe geworfen zu werden. Nur wollte die Nacht nicht vorübergehen, die Stunden schienen viel länger zu sein als sonst. — Einer, der mit dabei gewesen ist, hat mir erzählt, daß es eine ganz schreckliche Nacht gewesen sei. — Endlich wurde es aber doch wieder Tag; das Meer hatte sich etwas beruhigt, so daß nun auch unsere Flüchtlinge wieder neuen Lebensmut fassen konnten. Nachdem man dann noch mehrere Stunden zwischen Furcht und Hoffnung umhergefahren war, sah man in der Ferne Rauch aufsteigen, ein Zeichen, daß das erwartete Schiff von Padang zu Hilfe herbeikam.

Da die Aufständischen es in erster Linie auf Beseitigung des holländischen Beamten abgesehen hatten, so waren sie durch seine Flucht in Verlegenheit geraten, und ehe sie noch recht wußten, was sie machen sollten, erscholl von allen Seiten der Ruf: So Göta!, d. h. das Schiff kommt! Diesen Ruf kann man auf Pulu Tello immer wieder hören, wenn ein Schiff in Sicht ist. Es ist gewöhnlich ein allgemeiner Freudenruf. Diesmal war die Freude nicht allgemein. — Durch die Ankunft der Soldaten war es mit der Sarikalherrlichkeit auf Pulu Tello vorbei. Jetzt wurde Gericht gehalten, wobei nicht gerade säuberlich verfahren wurde. Ein Riasser, der nicht ordnungsmäßig in Reih und Glied marschieren wollte, bekam eine so derbe Ohrfeige, daß er bewußtlos niederfiel. Nach langen Untersuchungen wurden viele Eingeborene, Malayen sowohl als auch Riasser, die sich, in Hoffnung auf ein besseres Erdendasein, der neuen Bewegung angeschlossen hatten, zu monatelangen Strafarbeiten verurteilt. Wenn sie abends im Gefängnis zusammen waren, konnte man sie oft stundenlang ihre alten eintönigen Klagelieder singen hören. So endete der schöne Traum von Pulu Tellos goldener Zukunft.

Bückeburg, den 20. Mai 1933.

Wilhelm Frickenschmidt.

Der Konflikt mit Wien

Reichsminister Dr. Goebbels über die Entstehung des Streitfalles.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels sprach zusammen mit dem aus Oesterreich ausgewiesenen Presseattaché der deutschen Gesandtschaft, Reichstagsabgeordneten Habicht, vor Vertretern der Berliner Presse über den Konflikt mit Oesterreich.

Reichsminister Dr. Goebbels bezeichnete es als einen Irrtum, wenn man annehmen wolle, die Reichsregierung habe den Konflikt mit Oesterreich provoziert. Der Konflikt sei lediglich dadurch entstanden, daß seit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar in Deutschland die innere Gesetzmäßigkeit der NSDAP. und ihre Symbole einen staatlichen Rang erhalten hätten, während in Oesterreich die Partei in Opposition stehe und dort ihre Symbole verboten seien.

Der Minister wies auf die Mißhelligkeiten hin, die durch dieses Verbot entstanden, da deutsche Besucher in Oesterreich nicht die deutschen staatlichen Hoheitsabzeichen zeigen durften: Hakenkreuzwimpel an Autos usw. waren ja verboten. Die Reichsregierung hätte keine Handhabe gehabt, diese Schwierigkeiten hintanzuhalten und sah die einzige Möglichkeit, sie einzudämmen in der Festlegung einer hohen Ausreisegebühr.

Es könne keine Rede davon sein, so betonte der Minister mit besonderem Nachdruck, daß die deutsche Regierung bei diesem Konflikt durch irgendwelche Parteirücksichten geleitet wäre.

Sie sei immer nur bestrebt gewesen, die Konflikte und Spannungen auf das Mindestmaß herunterzudrücken.

Zu dem Vorgehen gegen den Presseattaché Habicht stellte der Minister fest, daß Habicht durch seine ordnungsmäßige Ernennung zum Presseattaché der deutschen Gesandtschaft das Recht der Exterritorialität genieße. Wenn die österreichische Regierung dieses Recht bestreite, so sei es doch nach völkerrechtlichem Brauch üblich, bis zum Ablauf des Streites dem Betreffenden die Exterritorialitätsrechte zuzubilligen.

Deutschland konnte das Vorgehen gegen Habicht nicht hinnehmen, und es war selbstverständlich, daß die Reichsregierung daraufhin den Presseattaché der österreichischen Gesandtschaft auswies. Auch bei diesem Zwischenfall habe keinerlei Parteiinteresse eine Rolle gespielt.

Der Minister schloß seine Ausführungen mit der Betonung der freundschaftlichen Gefühle Deutschlands für das österreichische Volk und gab der Meinung Ausdruck, daß das österreichische Volk über diese Zwischenfälle sich auch seine Meinung bilden werde.

Habichts Bericht

Im Anschluß an die Erklärungen des Ministers gab der Reichstagsabgeordnete Habicht eine Schilderung von seiner Verhaftung und Ausweisung. Er wies darauf hin, daß schon seit Wochen von einer gewissen Presse in Wien immer wieder seine Ausweisung gefordert und auch schon als geschehen *hingestellt worden sei.* Seine Wohnung sei schon 24 Stunden vorher *unter* polizeilicher Bewachung gewesen.

Besonders empörend an dem Verhalten der Linzer Polizeibeamten sei gewesen, daß man ihn in eine Zelle mit drei Leuten zusammengesperrt habe, von denen der eine wegen Trunkenheit, der andere wegen Raufhandels und der dritte wegen Landstreicherei festgenommen worden waren. Nach seiner Vernehmung sei er auf seinen Protest hin in eine Einzelzelle gebracht worden. Er habe im ganzen etwa 40 Stunden in der Zelle wie ein Sträfling, dem man seine sämtlichen Sachen einschließlich der Krawatte abgenommen habe, verbringen müssen, und jede Verbindung mit der Außenwelt sei ihm abgeschnitten gewesen.

Schließlich gab er ein Bild über seinen „Abschub" über die Grenze. Weder seiner Frau noch seinem Rechtsanwalt wurde bekanntgegeben, wann er Linz verlasse, damit die Oeffentlichkeit nichts von seiner Abreise erfahren sollte. Mit seinem eigenen Kraftwagen wurde Habicht dann nach der bayerischen Grenze bei Neuhaus am Inn gebracht, wobei er von fünf Kriminalbeamten begleitet wurde. Habicht betonte ausdrücklich, daß die österreichischen Beamten korrekt und taktvoll vorgegangen seien und ihm wiederholt erklärt hätten, daß sie nur auf ausdrückliche Anweisung von Wien aus so handeln müßten.

Weitere NSDAP-Führer ausgewiesen

Der Führer der SA. Oesterreichs, Alfred Bigler, ist in Begleitung von zwei Kriminalbeamten im eigenen Auto an die österreichische Grenze gebracht worden. Desgleichen wurden Dr. Gerhard Weyh, der kommunalpolitische Referent der NSDAP., und der Adjutant Habichts, Friedrich Steiner, mit dem Linzer Zug ebenfalls in Begleitung von zwei Kriminalbeamten zur Grenze befördert. Die drei Funktionäre der NSDAP. waren aus dem Bundesgebiet ausgewiesen worden und hatten keinerlei Berufung dagegen eingelegt.

Mit gefälltem Bajonett . . .

Die in Wien und zahlreichen anderen Orten Oesterreichs erfolgten Verhaftungen von Nationalsozialisten haben in vielen Orten zu Kundgebungen geführt. Die Demonstranten sangen nationalsozialistische Kampflieder und forderten in Sprechchören die Freilassung der Verhafteten. Besonders lebhaft waren die Demonstrationen in Leoben, als bekannt wurde, daß ein Zug mit Verhafteten aus der Obersteiermark dort eintreffen würde, um sie ins Gefängnis einzuliefern. Es hatte sich auf dem Bahnhofsplatz eine große Menschenmenge angesammelt, die sich vollkommen ruhig verhielt. Als aber eine Gendarmeriepatrouille mit aufgepflanztem Seitengewehr herankam, wurde sie mit „Heil Hitler!"- und „Oesterreich erwache!"-Rufen begrüßt.

Darauf räumte die Gendarmerie mit gefälltem Bajonett den Bahnhofsplatz und trieb die Menge, die weiter das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied sang, über die Murbrücke zurück. Da sich die Menge immer wieder sammelte, ging die Polizei mit Gummiknüppeln und Gewehrkolben rücksichtslos vor. Dabei wurde eine Anzahl unbeteiligter Personen verletzt.

Dollfuß fliegt nach Paris

Bundeskanzler Dollfuß erklärte einem Reutervertreter, er fühle sich nicht in hinreichendem Kontakt mit den verantwortlichen österreichischen Behörden, um angesichts der herrschenden gespannten Lage in London zu bleiben. Er beabsichtige, sich im Flugzeug nach Paris zu begeben. Im Laufe des Sonntags werde er in Wien eintreffen.

Der Irrtum des Bundeskanzlers

Ein Interview des Bundeskanzlers Dollfuß.

In einer Unterredung mit einem englischen Journalisten erklärte der österreichische Bundeskanzler Dr. Dollfuß, die Maßnahmen seiner Regierung gegen die NSDAP. würden fälschlicherweise als unfreundliche Akte gegen das Deutsche Reich angegeben. Die Haltung der Bundesregierung gegenüber der österreichischen NSDAP sei eine rein innerösterreichische Angelegenheit. Um die gegenseitige Spannung zu lösen, sei beiderseits guter Wille erforderlich. Oesterreich habe diesen guten Willen.

Dazu ist zu sagen, daß auch die Reichsregierung die Maßnahmen der österreichischen Regierung gegen ihre eigenen Staatsangehörigen als eine innerösterreichische Angelegenheit betrachtet. Wenn aber die österreichische Regierung Reichsdeutschen in Oesterreich das Tragen des Hakenkreuzes verbietet, wenn sie Reichsangehörige ihrer nationalsozialistischen Parteizugehörigkeit halber verhaftet oder schließlich unter Bruch des Völkerrechtes den Presseattaché der deutschen Gesandtschaft in Wien ins Gefängnis sperrt, dann ist das ganz gewiß keine innerösterreichische Angelegenheit mehr.

Hier liegt, wie auch Reichsminister Dr. Goebbels den Vertretern der deutschen Presse auseinandergesetzt hat, die wahre Ursache des Konfliktes. Der gute Wille, diesen Konflikt zu beseitigen, den Herr Dollfuß von der deutschen Regierung fordert und als bei ihm vorhanden in Anspruch nimmt, leuchtet aus solchen Handlungen nicht hervor.

NSDAP-Führer tagen

Die nationalsozialistische Bewegung das Stahlgerippe des neuen Staates.

Reichskanzler Adolf Hitler

behandelte in mehrstündigen Ausführungen das Verhältnis zwischen NSDAP. und Staat. In der Lösung dieser Frage, die vielleicht eine jahrelange Entwicklung brauche, liege das Schicksal der Erneuerung des Reiches. Der Führer wies auf die entscheidende Bedeutung der Weltanschauung als Grundlage jedes großen Staatsgedankens überhaupt hin und kennzeichnete dann auch die entscheidende Stellung der NSDAP. als Trägerin der Weltanschauung des neuen Deutschland.

Der Ausbau und die Stärkung der nationalsozialistischen Bewegung, in der die Wurzeln unserer Kraft liegen, sei deshalb eine der wesentlichsten Aufgaben, die im Interesse des neuen deutschen Staates zu erfüllen seien.

Das Gesetz der nationalen Revolution sei noch nicht abgelaufen. Seine Dynamik beherrsche heute noch die Entwicklung in Deutschland, die in ihrem Laufe zu einer völligen Neugestaltung deutschen Lebens unaufhaltsam sei.

Der Führer gab der gerade in den letzten Monaten noch besonders bestärkten Ueberzeugung Ausdruck, daß die nationalsozialistische Bewegung in dem Maße, wie sie der ineenpolitischen Schwierigkeiten Herr werde, auch alle wirtschaftlichen und außenpolitischen Schwierigkeiten meistern werde.

Er sei überzeugt, daß diese gewaltige, von unerhörtem Idealismus getragene Arbeit unserer Bewegung Jahrhunderte überdauern werde und durch nichts mehr beseitigt werden könne; das sei der Lohn für jeden Kämpfer in unseren Reihen.

Diese Bewegung, die sich im Kampfe zusammengefunden habe und im Kampfe groß geworden sei, sei das beste, was Deutschland aufzuweisen habe. Heute stehe die NSDAP. gefestigter und stärker da wie jemals zuvor. Ihre inneren Kräfte und ihre äußere Stellung habe sich in den letzten Monaten gewaltig konsolidiert, ihre Organisation unerhört gehärtet. Das neue Deutschland, das von dieser Bewegung getragen werde, sei durch keine Macht mehr zu erschüttern. Wenn wir Nationalsozialisten stets bleiben, was wir sind und waren und uns stets der Quelle unserer Kraft bewußt bleiben: der Nationalsozialistischen Partei.

*

Der zweite Tag der Führertagung der NSDAP. wurde durch eine Rede des Stellvertreters des Führers Rudolph Heß eingeleitet. Seinen Ausführungen stellte er den Leitgedanken voraus, daß die nationalsozialistische Bewegung das Rückgrat und das Stahlgerippe des neuen Staates sei.

Jeder Versuch des Marxismus, aufs neue sein Haupt zu erheben, müsse radikal unterbunden werden.

Andererseits müsse sich die ganze Organisation der Bewegung auf die positive Arbeit für den neuen Staat einstellen.

Nach der Rede von Heß nahm Dr. Ley das Wort zu einer Ansprache, in der er betonte, daß innerhalb von zwei Jahren der Klassenkampf ausgerottet und dadurch den arbeitenden Menschen der größte Schutz gegeben werden müsse. Als nächster Redner erläuterte Gottfried Feder neben der Behandlung einer Reihe von wirtschaftlichen Einzelfragen, insbesondere die großzügigen Arbeitsbeschaffungspläne Adolf Hitlers. Reichsschulungsleiter Gohdes entwarf ein Bild des Aufbaues der Schulungs- und Erziehungsarbeit in der Partei.

Nachdem der Leiter des Amtes für ständischen Aufbau Pg. Dr. Frauendorfer das Wesen und die Grundzüge des ständischen Aufbaues entwickelt hatte, sprach Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels, der sich insbesondere mit der Gestaltung des Verhältnisses von Partei und Staat sowie mit aktuellen Propagandafragen beschäftigte.

Er wies darauf hin, daß die Frage der Eingliederung der neuen Parteigenossen in die nationalsozialistische Organisation in Kürze durch einen Erlaß geregelt werde.

*

Gruß an die NSDAP Oesterreichs

Am Schlusse der Führertagung wurde das folgende Telegramm an den Landesinspekteur Habicht und die NSDAP. Oesterreichs abgesandt:

„Heil Ihnen und Ihrem tapferen Verhalten. Die in Berlin versammelten Reichsleiter und Gauleiter der NSDAP. grüßen Sie und die österreichische Partei. Wir gedenken in Achtung und Ehrfurcht aller Parteigenossen, die durch ein wahnsinniges System ins Gefängnis geworfen wurden unter Hinwegsetzung über jedes Recht und mit Unterschiebung einer Verantwortlichkeit für Handlungen, für die Sie nicht verantwortlich sind."

Aufbau des Luftschutzes

Der Präsident des Reichsluftschutzbundes, Generalleutnant a. D. Grimme, äußerte sich in einer Unterredung mit einem Berliner Journalisten eingehend über die besonderen Aufgaben des Reichsluftschutzbundes für den zivilen Luftschutz. Der zivile Luftschutz, so führte Präsident Grimme aus, ist seit Schaffung des Reichsministeriums für Luftfahrt dessen Aufgabe. Im Auftrage des Ministeriums wird der Sicherheits- und Hilfsdienst, besonders Alarm, Sanitätsvorbereitungen, Feuerschutz, Einsatz der technischen Nothilfe und des Roten Kreuzes, durch die Ortspolizeibehörden vorbereitet. Der Reichsluftschutzbund hat die Aufgabe, diese behördlichen Maßnahmen durch die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung zu ergänzen.

Es ist selbstverständlich, daß der zivile Luftschutz sich nicht auf Verfügungen und Erlaß von Polizeivorschriften beschränken kann. Luftschutz ist Selbstschutz und daher eine Aufgabe, die jeden Deutschen, vom jüngsten Kind bis zum ältesten Greis angeht. Die erste Aufgabe besteht für uns daher in der Aufklärung der Bevölkerung über die Art der drohenden Gefahren und die Möglichkeiten des Schutzes. Dadurch kann die Gefahr auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Es wäre grundfalsch, ja verhängnisvoll, wenn man auf die Abwehr der Gefahr nur deshalb verzichten wollte, weil man sie nicht mit hundertprozentiger Sicherheit abwehren kann. Auch die Feuerwehr kann nicht das Entstehen jedes Feuers verhindern, die Polizei nicht jedes Verbrechen, jeden Verkehrsunfall unterbinden, der Arzt nicht jede Krankheit ausrotten. Aber ebenso wie man etwa die Verkehrsgefahren dadurch verringert, daß man den Gefahrenpunkten aus dem Wege geht und etwa beim Ueberschreiten einer belebten Straße vorher nach links und rechts sieht, ebenso kann man die Gefahren eines Luftangriffs auf ein Mindestmaß zurückführen, wenn man sich selbst zu schützen weiß. Um unsere Arbeit in möglichst weite Kreise zu tragen, rufen wir alle Deutschen zum Beitritt in den Reichsluftschutzbund auf.

Bei der Vorbereitung und Durchführung des Luftschutzes kommt es nicht darauf an, wertvolle Apparate und kostspielige Einrichtungen zu schaffen, sondern darauf, jeden darin auszubilden, wie er auf einfachste Weise sich selbst, seine Familie und sein Eigentum vor Schaden bewahren kann. Wenn jeder nur weiß, was er im Falle der Gefahr zu tun hat, ist bereits viel gewonnen, denn eine Gefahr, die man kennt, ist keine Gefahr mehr. So wie das Ueberschreiten einer Straße eine harmlose Angelegenheit ist, wenn man die Gefahrenquellen kennt, ist auch der Luftschutz im Grunde eine einfache Sache. Trotzdem wird sich wohl die ältere Generation nur schwer darauf einstellen. Umso wichtiger ist die Vorbereitung der Jugend. Der Luftschutz muß in den Unterricht der Schulen obligatorisch aufgenommen werden, und ebenso darf es auf den Universitäten und Hochschulen keine einzige Fakultät ohne regelmäßige und vorgeschriebene Luftschutz-Vorlesungen geben. Weitere Kreise der Bevölkerung werden wir durch Vorträge und Schulungslehrgänge erfassen. Schließlich werden wir besondere Luftschutzschulen ins Leben rufen, sobald wir genügend Anschauungs- und Belehrungsmaterial haben.

Zu dieser Ausbildung gehört etwa die Einrichtung eines Kellers für den Luftschutz und das Verhalten bei Brisanz-, Brand- und Gasbomben. Diese Kenntnisse werden schon sofort jedem einzelnen nützlich sein. Man hat zum Beispiel zuverlässig berechnet, daß bei allgemeiner Selbsthilfe bei Bränden jährlich etwa 200 Millionen Reichsmark dem Nationalvermögen erhalten bleiben könnten, während die meisten Menschen einem Brand jetzt hilflos gegenüberstehen. Das gleiche gilt etwa für die Ausbildung weiblicher Hilfskräfte für die erste Hilfe bei Verletzten. Daß schließlich auch die Kenntnis der Gasgefahren in Friedenszeiten nützlich sein kann, hat das Phosgen-Unglück in Hamburg bewiesen, wo bei allgemeiner Kenntnis der Eigenschaften des Phosgens erheblicher Schaden hätte verhindert werden können, und kleinere Beispiele von Unglücksfällen in der Wohnung durch Gas gibt es täglich zu Dutzenden.

Ich habe die Gasgefahr erst an dritter Stelle erwähnt, weil die Gefahren durch Brisanzbomben und Feuer bei einem Luftangriff viel höher eingeschätzt werden müssen. Im Kriege sind nur etwa drei Prozent der Gasverletzten überhaupt gestorben, während der entsprechende Prozentsatz der Todesopfer durch Infanterie- und Artilleriegeschosse mindestens fünfmal so hoch war.

Als letzte Aufgabe hat der Reichsluftschutzbund endlich die personelle Ergänzung des behördlichen Apparats, wenn dieser auch nach Einsatz der Technischen Nothilfe und des Roten Kreuzes nicht ausreichen sollte.

Da der Luftschutz in jedem Hause, in jeder Wohnung und von jedem für sich selbst vorbereitet werden muß, ist der Aufbau von einer einzigen Zentralstelle aus natürlich nicht möglich. In Berlin zum Beispiel haben wir daher allein 20 Bezirksgruppen mit 173 Untergruppen geschaffen, die ihrerseits wieder unterteilt sind und so jedes einzelne Haus erfassen.

Im Reich besteht die gesamte Organisation des zivilen Luftschutzes durch den Reichsluftschutzbund aus 15 Landesgruppen, und zwar Ostpreußen mit dem Sitz in Königsberg, Mecklenburg-Strelitz mit dem Sitz in Stettin, Nordmark und Freistaat Mecklenburg mit dem Sitz in Hamburg, Niedersachsen einschließlich Oldenburg, Bremen, Braunschweig, Lippe, Lippe-Detmold und Regierungsbezirk Minden mit dem Sitz in Hannover, Rheinland-Westfalen mit dem Sitz in Düsseldorf, Hessen und Rheinland-Süd mit dem Sitz in Frankfurt am Main, Baden-Pfalz mit dem Sitz in Karlsruhe, Württemberg mit dem Sitz in Stuttgart, Bayern mit dem Sitz in Nürnberg, Thüringen mit dem Sitz voraussichtlich in Weimar, Freistaat Sachsen mit Sitz in Dresden, Provinz Sachsen und Anhalt mit dem voraussichtlichen Sitz in Halle, Groß-Berlin mit Sitz in Berlin, wo auch die Landesgruppe für Brandenburg und die Grenzmark ihren Sitz hat, und endlich Schlesien mit Sitz in Breslau.

Neubildung der Steuerausschüsse

Berlin, 16. Juni.

Das preußische Staatsministerium hat ein Gesetz über die Neubildung der preußischen Steuerausschüsse beschlossen, das nach erfolgter Verkündung sofort in Kraft tritt. Nach diesem Gesetz sind die Grundsteuerausschüsse und die Grundsteuereinberufungsausschüsse sowie die Gewerbesteuerausschüsse und die Gewerbesteuerberufungsausschüsse alsbald neu zu bilden. Die Neubildung der Ausschüsse ist möglichst bis zum 1. Juli 1933 durchzuführen. Die Mitglieder der Steuerausschüsse sind von dem Kreisausschuß zu wählen.

Deutscher Vizepräsident in London

Abschluß der Generalaussprache.

London, 16. Juni.

Der Hamburger Bürgermeister Krogmann wurde zum Vizepräsidenten des Wirtschaftsausschusses der Weltwirtschaftskonferenz ernannt. Präsident ist der holländische Finanzminister Colijn. Der amerikanische Delegierte auf der Weltwirtschaftskonferenz Cox ist jetzt offiziell zum Präsidenten des Finanzausschusses ernannt worden. Zum Vizepräsidenten wurde der italienische Delegierte Jung, zum Berichterstatter der französische Finanzminister Bonnet ernannt.

Die Weltwirtschaftskonferenz hat ihre Generalaussprache beendet. MacDonald sprach aus diesem Anlaß den Delegationen seinen Glückwunsch aus und erklärte, die Konferenz sei eine der förderlichsten, die er jemals geleitet habe.

Englands Abschlagszahlung

„Die schwierige Hürde der Juni-Schuldenrate".

Am 15. Juni waren wieder einmal Ratenzahlungen der alliierten Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten im Gesamtbetrag von rund 143,60 Millionen Dollar fällig gewesen. Nur ein geringer Bruchteil dieser Millionensumme ist am Fälligkeitstermin an Amerika abgeführt worden. Lediglich England hat eine Zahlung geleistet, aber auch nur 10 Millionen Dollar statt der fällig gewesenen 75 Millionen Dollar, während mehrere Schuldnerstaaten, wie Frankreich, Belgien, Polen usw. ihre Zahlungen genau so ausgesetzt haben wie sie es schon am 15. Dezember vergangenen Jahres getan haben.

Außer England werden noch Italien und die Tschechoslowakei Rückzahlungen in ungefährer Höhe von 10 Prozent der jetzigen Rate ebenfalls in Silber leisten. Das einzige Land, das die Juni-Rate in voller Höhe bezahlen wird, ist Finnland.

Der englischen Zahlung waren langwierige Verhandlungen zwischen London und Washington vorausgegangen. Die englische Regierung wollte einerseits nicht in Zahlungsverzug geraten, andererseits scheute sie die volle Zahlung, die nach ihrer Ansicht den Zweck der Weltwirtschaftskonferenz vereitelt hätte. Macdonald hatte schließlich als Ausweg das Angebot einer Teilzahlung in Silber gemacht, das Roosevelt nach Ueberwindung erheblicher Widerstände im eigenen Lande angenommen hat.

In der englischen Presse kommt große Erleichterung und tiefe Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß es gelungen ist, über die „schwierige Hürde der Juni-Schuldenrate" wegzukommen.

In Konferenzkreisen ist man jedoch über die vorläufige amerikanisch-englische Schuldeneinigung wenig erbaut. Begreiflicherweise hatten sich an die Note Roosevelts große Hoffnungen geknüpft, u. a. erwartete man die Einberufung einer allgemeinen Schuldenkonferenz. Nichts von alledem ist erfolgt.

Die Vereinigten Staaten erkennen nicht an, daß zwischen der Schuldenfrage und der Weltwirtschaftskonferenz ein innerer Zusammenhang bestehe. Sie wollen keine Diskussion während der Londoner Konferenz, sondern erst nach ihrem Abschluß, und zwar nicht am runden Tisch, wie es der Wunsch der meisten Schuldnerländer ist, sondern in Einzelverhandlungen von Land zu Land.

Im übrigen denkt Roosevelt keineswegs daran, seinerseits Kompromißvorschläge zu machen, sondern überläßt dies ganz den Schuldnerstaaten. Wie aus Washington versichert wird, ist Roosevelt fest entschlossen, seine Nerven zu behalten und allen Drohungen Europas zum Trotz intensiv an der Ausführung seines Programms zur inneren Gesundung Amerikas zu arbeiten, wozu der Kongreß ihm weitgehende Vollmachten gegeben hat. Seiner Ansicht nach muß Amerika selbst wieder gesunden, bevor man die Stabilisierung des Dollars diskutieren kann. Die Zahlung oder Nichtzahlung der Kriegsschulden berührt seiner Auffassung nach Amerikas Eigenkraft zur Ankurbelung der Wirtschaft nicht. Er plant daher weder die Einberufung einer Schuldnerkonferenz, noch einer weiteren Extratagung des Kongresses, sondern wird die Schuldner bis zur nächsten regulären Tagung warten lassen, die im Januar 1934 beginnt.

Londoner Währungsverhandlungen

Die Weltwirtschaftskonferenz hat am vierten Sitzungstag die allgemeine Aussprache mit Ausführungen der Vertreter Portugals, Chinas und Kanadas fortgesetzt. Die russische Delegation hat dem Präsidenten der Konferenz eine Entschließung über das britische Einfuhrverbot für russische Waren zur Beratung eingebracht.

Wichtiger als die Debatte im Konferenzsaal waren die Währungsbesprechungen der Bankgouverneure und Wortführer der Finanzministerien Amerikas, Englands, und Frankreichs.

In Konferenzkreisen wurde allgemein angenommen, daß bei den Verhandlungen in der Frage der Dollar-Pfund-Stabilisierung eine gewisse vorläufige Vereinbarung über die einzuschlagende Methode erreicht worden sei. Es scheint die Absicht zu bestehen, nach dem Vorbilde des bisherigen englischen Interventionsverfahrens einen Spielraum festzusetzen, dessen Weite sich in nächster Zeit aus den tatsächlichen Schwankungen des Dollars herauslesen lassen dürfte.

50 Jahre Krankenversicherung

Jubiläum in der deutschen Sozialpolitik.

Die mit dem vorbildlich gewordenen Reichsgesetz vom 15. Juni 1883 begründete deutsche Krankenversicherung blickt jetzt auf eine 50jährige Geschichte zurück. Heute sind in der Krankenversicherung rund 18,7 Millionen Arbeitnehmer versichert, nachdem im Jahre 1929 bereits mit 22,4 Millionen Versicherten ein Rekord aufgestellt worden war. Das Vermögen der reichsgesetzlichen Krankenversicherung dürfte etwa 900 Millionen Reichsmark Ende 1932 betragen haben. An Beiträgen leistete ein Mitglied im Jahre 1914 im Jahresdurchschnitt noch 33,56 Mark, 1924 waren es bereits 56,07 Mark geworden und 1929 sogar 98 Mark. Für 1932 dürfte der Durchschnittssatz 60 Mark betragen haben.

Bei der großen Bedeutung der Krankenversicherung für die Erhaltung der deutschen Volkskraft und den Schutz der arbeitenden Bevölkerung wird es sich die Reichsregierung in besonderem Maße angelegen sein lassen, diese soziale Errungenschaft dem deutschen Volke unversehrt zu erhalten. Die von ihr tatkräftig und zielbewußt durchgeführten Maßnahmen werden die Krankenversicherung von allen Schlacken reinigen und im Geiste ihrer Begründer über die gegenwärtig schwere Zeit in eine bessere Zukunft führen.

Dortmunder Kampfring aufgelöst

Wegen Gefahr der marxistischen Ueberfremdung.

Der Polizeipräsident hat den deutschnationalen Kampfring für den Präsidialbezirk Dortmund auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat sowie des Polizeiverwaltungsgesetzes aufgelöst.

Es sei, wie es in der Begründung der Maßnahme heißt, einwandfrei festgestellt worden, daß etwa 75 Prozent der neuaufgenommenen Kampfringmitglieder noch bis März 1933 zur SPD. oder KPD. gehört hätten. Teilweise habe es sich um ehemalige Funktionäre der KPD. und um solche Leute gehandelt, die sich noch im März an Ueberfällen auf SA.-Leute beteiligt hätten. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie im Interesse der ungehinderten Durchführung der nationalen Revolution habe das Verbot ergehen müssen. Es solle dabei anerkannt werden, daß die Führung des Kampfringes eine direkte Schuld an den vorhandenen Zuständen nicht treffe.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. „Die billige Alpenreise ab Hannover vom 17.—25. Juni. Der Fahrpreis beträgt einschl. Bodenseefahrt und Rückreise ab Bielefeld Hbf. nur 47,20 RM. Die Preise für die Uebernachtungen einschl. Frühstück und für die Fahrt auf das Nebelhorn sind ebenfalls billigst vereinbart. Wer die schöne Gelegenheit noch benutzen will, muß sich sofort entschließen."

Sonderzug Hannover-Obersdorf vom 17.—25. 6. fährt bestimmt.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel. Sonntag, den 18. Juni 1933, 1. S. n. Trin. 8½ Uhr: Pastor Jasper, 9 Uhr: Pastor Voigt, anschl. Beichte und Abendmahl. 10 Uhr: Pastor Wilm, 11½ Uhr: Kindergottesdienst. — Montag, 20¼ Uhr in Gosen: Gemeindebibelstunde. Donnerstag, 19½ Uhr: Pastor Jungblut.

Kirchliche Nachrichten für Schildesche.

Sonntag, den 18. Juni 1933, 8 Uhr vorm.: Frühgottesdienst, Pastor Hopmann; 10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst, Pastor Neuhaus; 1½ Uhr nachm.: Kindergottesdienst.

Bethel.

C. V. J. M. Am Sonntag ist unser Familiennachmittag im Senneheim. Wir wandern mit allen Gruppen gemeinsam hinaus und treffen uns um 1½ Uhr an der Dorflinde. Unsere Mitglieder und Familien werden herzlichst eingeladen.

Christl. Verein j. Mädchen. Sonntag: Tageswanderung. Abmarsch 6 Uhr vom Heim. (Abkochen.) Abends: Vereinsstunde.

Orgelfeierstunde Zionskirche. Sonnabend, 17. Juni 1933, nachm. 5 Uhr. Ausführende: Frl. Irmgard Scholl (Violoncello), Herr J. P. Seiler (Orgel). Es wird gespielt: 1. Choral: Gott des Himmels und der Erden (Tonsatz J. S. Bach). 2. Orgelsolo: Das große Präludium e-moll mit Fuge (Band II) (J. S. Bach). 3. Cellosolo: Nocturno (J. Field 1782—1837). Orgel: Choralvariation: Allein Gott in der Höh sei Ehr (Georg Böhm 1661—1749). 5. Cellosolo: Andante (Phil. Em. Bach 1714—1788). 6. Freies Nachspiel. 7. Schlußchoral: Jesu meine Freude (Tonsatz Bach). Schlußkollekte zum Besten des Kirchlichen Reformwerks. Eintritt frei.

Die Geburt eines gesunden Töchterchens zeigen in dankbarer Freude an

August Kreft
und Frau Marie
geb. Höhning

Bethel, den 14. Juni 1933.



Aus Anlaß der Bestimmung Pastor Friedrich von Bodelschwinghs zum Reichsbischof kommen aus allen Teilen Deutschlands Bitten, über Leben und Arbeit Pastor v. Bodelschwinghs etwas Authentisches zu erhalten. Obwohl Pastor von Bodelschwingh schon 23 Jahre, d. h. seit dem Heimgang seines Vaters, die Leitung von Bethel inne hat, ist bisher über ihn und seine Arbeit nichts veröffentlicht worden. Das war nicht möglich, weil dazu die Erlaubnis Pastor von Bodelschwinghs nötig war. Diese würde er nie gegeben haben. Durch seine Ernennung zum Reichsbischof hat sich das insofern geändert, als wir von vielen Seiten aus gedrängt werden, ein kurzes Lebensbild des Reichsbischofs zu veröffentlichen. Der Reichsbischof selbst hat nur widerstrebend sich dem Zwange der Tatsachen gefügt und seine Einwilligung gegeben.

Das Büchlein ist von seinem alten Mitarbeiter Herrn Missionsinspektor Trittelvitz geschrieben. Es enthält außerdem im Anhang im Wortlaut die erste Predigt des Reichsbischofs, die er am Pfingstsonntag in der Zionskirche in Berlin vor einer großen Gemeinde gehalten hat, und eine Würdigung Pastor von Bodelschwinghs als Theologe von D. Brandt. – Das Buch ist 64 Seiten stark, kostet 30 Pfennig und ist portofrei zu beziehen (Partiebezug Preisermäßigung) durch die

Schriftenniederlage der Anstalt Bethel
Postscheckkonto: Hannover Nr. 49657.

Vorzugs-Angebot!

Bei Einsendung dieser Anzeige liefern wir Ihnen
10 Meter sehr gutes Mako-Wäsche-Tuch
blütenweiß, aus reinen feinen Garnen, unverwüstlich im Gebrauch, zu dem Vorzugspreis
von nur RM 3.50
Bestellen Sie bitte sofort oder verl. Sie unsere große Preisliste über weitere günstige Webwaren kostenlos.
Textil-Manufaktur Haagen
Wilhelm Schöpflin
Haagen 37 A Baden . Deutsches christl. Unternehmen

-- einmal kommt der Tag,

an dem wir unsere Ernährungssünden bezahlen müssen. Mit Rheuma oder Ischias fängt es meistens an. Darum vorbeugen mit dem feinschmeckenden, naturreinen, blutentsäuernden Mate-Tee, ges. gesch. Marke.

Kamaradschaft

Pakete von 1/8, 1/4, 1/2 u. 1 Pfd.
Rote Packung: RM. -.50, -.90, 1.70, 3.—
Blaue " " -.40, -.70, 1.30, 2.40

Niemals lose, es hat seinen Grund

In Drogerien, Reformgesch. u. Apotheken!

Nach Orten, wo noch nicht erhältlich, Nachnahmeversand zuzüglich Porto. Bezugsquellen, Muster und Prospekte kostenlos durch
Evers & Lange, Hamburg 11 A.
Der Tee ist zu Ladenpreisen auch bei „Ophir" vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel, Bethel bei Bielefeld, und im Reformhaus zur Gesundheit C. Bitter Nachf., Bielefeld, Bahnhofstr. 2a, zu haben.

Christliches Erholungsheim „Bethanien"
Langeoog / Nordsee. Wir empfehlen d. Geschwistern und Freunden unser neuerbautes Heim. Es liegt in der Nähe des Badestrandes. Familiärer Gemeinschaftskreis, Andachten im Hause. Die Preise sind bedeutend herabgesetzt. Prospekte werden gern zugesandt. Anmeld. frühzeit erb. an
Christl. Erholungsheim „Bethanien", Langeoog.

Für 21jähriges junges Mädchen suchen wir
Stellung
als Haustochter möglichst in Privathaushalt zum 1. Juli. Anleitung noch erforderlich. Gefällige Angebote erbeten an den Wohlfahrtsdienst der Inneren Mission Leipzig-Stadt, Leipzig C 1, Roßstraße 14, Eingang C.

Stellengesuche und Angebote
haben im „Aufwärts" **großen Erfolg!**

Erholungsaufenthalt im Wald!
Das Erholungsheim im Solling bei Dassel, Kr. Einbeck (Weserbergland) umgeben von herrlichen Fichten- und Laubwäldern mit prächtiger Fernsicht, bietet vorzügliche Erholungsmöglichkeiten. Bei Herz und Nerven besonders bewährt. Gelegenheit zu Waldwanderungen, Luft- und Sonnenbädern, Liegekuren, Diäten. Gute reichliche Verpflegung. Preise zeitgemäß. Prospekt einfordern. Anfragen an
Sekr. Friedr. Gramm.

Fabrikneues Marken-
Harmonium
weit unter Preis zu verkaufen. Evtl. Ratenzahlung. — (Offerten) Anfragen unter A 33722 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Luftkurort Kohlgrund in Waldeck
Arolsen Land, bietet angenehmen Aufenthalt in waldreicher, schöner Gegend. Gute Verpflegung (vier Mahlzeiten). Freundliche Schlaf- und Aufenthaltsräume. 5½ Morgen großer, sonnenseitiger, in Terrassen angelegter Garten mit Spiel- und Ruheplätzen. Liegestühle. Landwirtschaft. Pensionspreis ohne jeglichen Zuschlag täglich 3.— RM. Ausführlicher Prospekt mit Bild zu Diensten. Bahnstation Marsberg, Strecke Hagen—Kassel.
Christliches Erholungsheim M. Dönges

Anzeigen aus Bethel.

6 gebrauchte Biedermeier-Stühle, p. Stück 5,— Mk., in der Wirtschaftsstelle abzugeben.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel.